

Dalit Solidarität informiert



„Meine Geburt ist mein tödlicher Unfall“ – Suizid eines Dalit-Studenten

Am 17. Januar hat man die Leiche des 26-jährigen Doktoranden Rohith Vemula von der Universität in Hyderabad aufgefunden. Er hat sich erhängt.

Man fand Rohith mit der Fahne der Ambedkar Students' Association (ASA) um den Hals. Er hatte sich mit dem Banner der Organisation das Leben genommen, deren Wortführer er war. Die ASA setzt sich für die Rechte von Dalits – nicht nur in den Hochschuleinrichtungen – ein. Die Fahne trägt das Konterfei von Bhimrao R. Ambedkar, dem Vorkämpfer für die Rechte von Dalits. Rohith war selbst Dalit und hatte sich stark in Dalit- und Menschenrechtsfragen engagiert.

Der Selbstmord des jungen Wissenschaftlers hat in Indien zu empörten Protesten von Dalit Rights Groups, Menschenrechtsaktivisten, Studierenden und Intellektuellen geführt. In vielen Medien wird der Suizid als „Wendepunkt“ beschrieben, der zu einer stärkeren Politisierung der Dalits beitragen und dem Anliegen einer tatsächlichen gesellschaftlichen Gleichberechtigung großen Nachdruck verleihen könnte, so die Aktivisten.

Rohith Vemula hinterließ einen Abschiedsbrief, in dem er den Kampf um Anerkennung und Gleichberechtigung und das Gefühl der Ausgrenzung, das ihn ein Leben lang begleitete, in wenigen Zeilen verdichtet: „Meine Geburt ist mein tödlicher Unfall. Ich werde mich nie von der Einsamkeit meiner Kindheit erholen können. Vom nicht gewürdigten

Kind, das ich war.“ Der bestürzende Selbstmord als äußerste Form des gesellschaftlichen Protestes ist kein Einzelfall. An den Elite-Bildungseinrichtungen Indiens gab es in den vergangenen 10 Jahren 23 Selbstmorde von Dalits. Den traurigen Rekord hält die Hyderabad Central University, allein hier nahmen sich in dieser Zeitspanne neun Studierende das Leben. Acht von ihnen waren Dalits.

Doch wie kam es zu dem Suizid? Ende Juli 2015 hatten einige Aktivisten der ASA, darunter auch Rohith, einen Protest gegen die Todesstrafe organisiert. Aufhänger war das Todesurteil gegen Yakub Memon, der für seine Beteiligung an den Bombenanschlägen von Mumbai im Jahr 1993 schuldig gesprochen wurde. Den Protest der Ambedkar Students' Association nahmen hindu-nationalistische Studierende zum Anlass, sie bei der Uni-Leitung anzuschwärzen und als Sympathisanten von Terroristen bzw. Landesverrätern zu verunglimpfen. Jedoch richtete sich der Protest Rohiths und seiner Weggefährten gegen die Todesstrafe an sich und gegen die ihrer Meinung nach gesellschaftlich kontraproduktiven Folgen der Memon-Verurteilung. Auf Plakaten hieß es sinngemäß: „Wenn Ihr einen Memon tötet, wird aus jedem Haus ein neuer Memon nachrücken.“

Die Aktion der Kommilitonen führte zu institutionellen Sanktionen gegen Rohith: Die monatlichen Zahlungen im Rahmen eines Forschungsstipendiums wurden eingestellt. Rohith hatte aufgrund seiner überdurchschnittlichen Leistungen jeden Monat 28.000 Rupien (etwa 380 Euro) als Stipendium erhalten. Dass die Zahlungen vor sieben Monaten plötzlich ausblieben, entschuldigte die Uni-Verwaltung mit „Bürokratie“: Es sei ein Versehen gewesen und habe nichts mit dem politischen

Engagement Rohiths zu tun. Doch Freunde und Sympathisanten sind sich sicher, dass hier institutionelle Diskriminierung und Schikane am Werk waren, die den Freigeist einschüchtern sollten.

Nach einigem juristischen Hin und Her wurden schließlich fünf ASA-Aktivisten, darunter auch Rohith, Anfang Januar aus ihrem Wohnheim geworfen: sie seien undiszipliniert, wie es offiziell hieß. So übernachtete Rohith die letzten zwei Wochen seines Lebens in einem Zelt am Rande des Campus. Dem Doktoranden war es verboten, die Wohnheime, die Mensa oder Verwaltungsgebäude zu betreten.

Selbst höchste Regierungskreise sollen auf eine „Entscheidung“ der Uni-Verwaltung, insbesondere des Vizekanzlers, gedrängt haben, um die als „antinationale Umtriebe“ verunglimpften Aktionen an der Uni zu beenden. Für viele Beobachter kein Novum, denn indische Hochschuleinrichtungen sind „biased“ in Bezug auf Klasse, Kaste sowie Gender: Die wichtigen Positionen werden nach wie vor von höherkastigen Männern und Brahmanen-Hindus besetzt. Eine Umgebung, die sich häufig feindselig zeigt gegenüber Marginalisierten wie Dalits, Adivasis, Frauen sowie gegenüber religiösen und sexuellen Minderheiten.

(aus: <https://blog.misereor.de/2016/01/27/meine-geburt-ist-mein-toedlicher-unfall-der-suizid-des-jungen-dalit-rohith-vemula/>)

Bei Zahlungsstopp: Massensuizid

„Wir sehen keinen anderen Ausweg, als uns alle umzubringen, weil unsere Zukunft wegen der Verantwortungslosigkeit der Ämter auf dem Spiel steht“, sagt ein Dalit-Student des Rajdhani Engineering Colleges in Bhubaneswar.

60 Dalit-Studierende hatten Suizid angedroht, sollten die Gelder nicht ausgezahlt werden und sie deshalb ihr Studium nicht weiterführen können. Die Regierung hat jedoch trotz mehrmaliger Aufforderungen seitens der College-Verwaltung die zugesagten Stipendien nicht überwiesen. Die letzte Auszahlung von der Regierung in Bihar ist vor 1 ½ Jahren getätigt worden.

Derweil schieben sich unterschiedliche Ämter gegenseitig die Schuld für die nicht erfolgten Auszahlungen zu.

(nach Tehelka)

Yoga gegen Suizid an Universitäten?

Wie bereits in unserer Ausgabe von März 2015 berichtet (Kastendiskriminierung an Indiens Elite-Universitäten), sind Kastendiskriminierung an Universitäten und daraus resultierender Suizid kein neues Phänomen. Vor diesem Hintergrund hat der Blogger Divya Trivedi die Ergebnisse einer Studie in einem Blog veröffentlicht (<https://routesblog.com/2016/02/057a-study-of-response-to-suicides/>):

Die meisten Suizide werden von Studierenden begangen, die technische oder wissenschaftliche Fächer studieren. In Gesprächen mit Studierenden der betroffenen Universitäten wurde deutlich, dass Spott und Verleumdungen gegenüber Dalits, die mit Hilfe der Quote zugelassen wurden, zur Tagesordnung gehören. Der hohe Arbeitsdruck und die Diskriminierungen mögen zu Angst und Depression führen, heißt aber nicht, dass sämtliche Dalit-Studierende suizidgefährdet sind.

„Es ist nicht, dass Professoren unfreundlich oder so sind. Sie haben keine Ahnung, wie sie mit Studierenden unterschiedlicher Hintergründe und Herkunft umgehen sollen“, sagt Phanendra Srikanth von einer technischen Universität in Mumbai. Professoren hätten kaum Interesse an dem, was über ihre Forschung hinausgeht. „Was wir deshalb brauchen sind Sensibilisierungsprogramme für Professoren, damit sie wissen, wie sie indigenen und Dalit-Studierenden, religiösen Minderheiten, Schwulen und anderen Studierenden begegnen können.“

Nirgendwo sonst nahmen sich so viele Studierende das Leben wie am Indian Institute of Technology in Kanpur: zwischen 2005 und 2010 begingen acht Studierende Suizid. Da es sich um interne Angelegenheiten handele, können die Ergebnisse einer Untersuchungskommission auf Anfrage nicht veröffentlicht werden. Jedoch hätte ein Gremium zur Verhinderung weiterer Suizide präven-

tive Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören Yoga-Kurse, die Demontierung von Deckenventilatoren und die Reduzierung der Internet-Geschwindigkeit.

Doch nicht immer sind die Reaktionen so skurril. In der Hyderabad Central University hat man erkannt, dass größere Sensibilität gegenüber Studierenden besteht, die über Quoten zugelassen werden. „Statt Gleichgültigkeit ist es wichtig, proaktiv als Mentor und Berater für Studierende innerhalb und außerhalb des Vorlesungssaales da zu sein“, sagen die Empfehlungen des universitären Ausschusses, der den Suizid eines Studenten 2008 untersucht hat.

Gesetz gegen Gräueltaten: Was lange währt ...?

Indien betont gegenüber der internationalen Gemeinschaft stets, eine funktionierende Demokratie mit unabhängiger Justiz zu sein. Bei dem Gesetz für die Verhinderung von Gräueltaten gegenüber Dalits und Indigenen wird jedoch deutlich, wie wenig wirksam Gesetze häufig in der Praxis sind.

Vertreter(innen) von Dalits und Indigenen haben 2009 zum 20-jährigen Bestehen des Gesetzes eine Konferenz einberufen, die sich mit der Effektivität des sog. Prevention of Atrocities Acts befasste. Es wurde deutlich, dass es z. B. auf Polizeistationen erheblichen Widerstand gibt, angezeigte Vorfälle als diskriminierende Gewalttaten und Übergriffe zu registrieren.

Der indische Justizapparat folgt dem im Gesetz detailliert vorgeschriebenen Monitoringprozess häufig nicht, nach dem hohe Beamte regelmäßig ans Parlament berichten müssen.

Vor diesem Hintergrund hatte die langjährige Lobbyarbeit der National Campaign on Dalit Human Rights (NCDHR) mit anderen Partnerorganisationen schließlich und endlich Erfolg: Die Novellierung des Gesetzes wurde im Dezember 2015 verabschiedet. Bei der Lobbyarbeit hat man sich insbesondere für die Berücksichtigung dreier Aspekte eingesetzt:

1. Eine Reihe von weiteren Übergriffen soll als strafbare Diskriminierung eingestuft werden,

wie z. B. die Beauftragung zur Trockenlatrinenreinigung oder die Weihe als Tempelprostituierte.

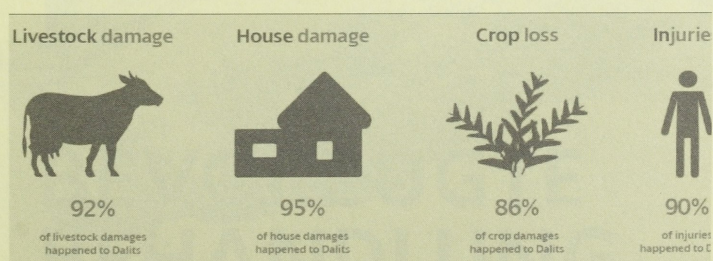
2. Sondergerichte sollen auf Distriktebene eingerichtet werden, die zügige Gerichtsverfahren innerhalb zweier Monate bei Gräueltaten gegenüber Dalits und Adivasi ermöglichen.
3. Öffentliche Bedienstete, die weder Dalit noch Adivasi sind und ihre Pflichten gegenüber diesen beiden Gruppen vernachlässigen, sollen mit Gefängnisstrafen von sechs bis zwölf Monaten bestraft werden können.

„Unsere große Sorge ist, dass jetzt, nach endgültiger Verabschiedung des Gesetzes, die Einrichtung von Sondergerichten und die Ernennung von Staatsanwälten nicht zeitnah erfolgen“, sagt ein Mitarbeiter von NCDHR. Außerdem befürchtet man, dass es unzureichende Monitoring-Instrumente geben wird, die zügige Gerichtsverfahren sichern. Es bleibt also abzuwarten, ob und inwieweit die Novellierung zu mehr Gerechtigkeit von Dalits und Indigenen führt.

Überschwemmung in Chennai: Dalits gehen leer aus

Nach sintflutartigen Regenfällen kam es im November/Dezember 2015 in Tamil Nadu zu Überschwemmungen und weite Teile der Region standen unter Wasser, Nothilfegüter wurden verteilt.

Die Studie einer Partnerorganisation der Dalit Solidarität in Deutschland hat aber ergeben, dass Dalits in dem Distrikt Cuddalore die größten Leidtragenden der Katastrophe sind und bei der Versorgung mit Nothilfegütern kaum berücksichtigt werden.



Die Gebiete, in denen Dalits wohnen, sind oft unsichere niedrig gelegene Gebiete in der Nähe von Kanälen oder Flüssen. Ihre Häuser sind meist aus einfachen Materialien wie Lehm gebaut und werden damit schnell von Regenfällen und den Fluten des Wassers weggespült.

Im ländlichen Raum finden Menschen vor dem Wasser Zuflucht in Schulen und Gemeindehäusern. Die stehen in den meisten Fällen in non-Dalit-Gebieten. Häufig sind die Zufluchtmöglichkeiten voll, Dalits müssen erst von den entlegeneren Dalit-Kolonien in die non-Dalit-Dörfer kommen oder Dalits werden aus Gründen der sog. Unberührbarkeit komplett abgewiesen.

Da Nothilfegüter häufig an den Hauptstraßen, wo non-Dalits leben, abgegeben werden, werden Dalits kaum versorgt. Das kann staatliche Nothilfegüter ebenso betreffen wie die von NGOs. Einige Partner der DSiD sind vor diesem Hintergrund spontan in die Dalit-Kolonien gefahren, um die Menschen zumindest notdürftig zu versorgen.

„Zumindest haben bei dieser Katastrophe die Medien über die eklatante Vernachlässigung und Diskriminierung von Dalits berichtet“, konstatiert Vincent Manoharan, Dalit- und Menschenrechtsanwalt. „Doch von Inklusion und gleicher Behandlung kann bei weitem nicht die Rede sein – viel Lobbyarbeit ist da noch notwendig.“

Termine 2016 zum Vormerken

Das Indien-Seminar in Bad Boll wird vom 30. September bis 2. Oktober 2016 stattfinden. Wir werden uns mit dem Thema „Shrinking space of civil society“ beschäftigen.

Die Mitgliederversammlung der Dalit-Solidarität in Deutschland wird am 29. September nachmittags und 30. September vormittags stattfinden.

Dalit Solidarität in Deutschland informiert – März 2016, Nr. 35

Herausgeber: Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD)
Koordinatorin: Manuela Ott
Kontaktadresse: Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg; Fon: 040 / 25456-175, koordination@dalit-solidaritaet.de

Mitglieder der Dalit Solidarität in Deutschland sind folgende Organisationen: Adivasi Koordination, Aide á l'enfance de l'Inde (Luxemburg), Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Brot für die Welt, Caritas International, Das Hunger Projekt, DESWOS, Evangelische Mission in Solidarität, Evangelisches Missionswerk in Deutschland e.V., Evangelische Studierendengemeinde Frankfurt, Evangelisch-Lutherisches Missionswerk in Niedersachsen, FIAN International, HEKS (Schweiz), Indienhilfe Herrsching, Leipziger Missionswerk, missio Aachen, Nalaikke e.V., Ökumenisches Zentrum in Frankfurt, Weltgebetstag der Frauen, Zentrum für Mission und Ökumene.

Einzelpersonen aus den Bereichen Aktionsgruppen, Publizistik, Wissenschaft. Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor e.V. und das Dalit Freedom Network haben einen beobachtenden Status inne.

Die abgedruckten Meldungen müssen nicht die Standpunkte der DSiD widerspiegeln. Die Artikel haben vielmehr den Anspruch, eine große Vielfalt an Meinungen darzustellen.